

EU mit historischer Einigung auf 1,8 Billionen Euro-Paket

21. Juli 2020



Die Staats- und Regierungschefs der **Europäischen Union** haben sich bei ihrem **viertägigen Sondergipfel** sowohl auf den Wiederaufbaufonds als auch auf den mittelfristigen Finanzrahmen für die Haushaltsjahre 2021 bis 2027 geeinigt. Die längste Verhandlungsmarathon in der EU-Geschichte war erforderlich, weil es bei diesen Themen um sehr gegensätzliche Standpunkte und die finanziellen Rahmenbedingungen für die kommenden Jahre ging. Die **Einigung** zeigt jedoch, dass das Bestreben der Mitgliedstaaten, eine einvernehmliche Lösung zu finden, größer war als die vorhandenen Interessenkonflikte und sich die Europäische Union erneut als handlungsfähig erwiesen hat.

Der **Wiederaufbaufonds**, der jetzt „**Nächste Generation EU**“ heißt, umfasst wie geplant ein Volumen von **750 Mrd. €**. Davon werden allerdings „nur“ **390 Mrd. €** statt der ursprünglich vorgeschlagen 500 Mrd. € als nicht rückzahlungspflichtige **Zuschüsse** an besonders von der Pandemie getroffene Mitgliedsländer vergeben. Dies haben die „sparsamen Vier“ Niederlande, Österreich, Schweden und Dänemark sowie Finnland, das während den Verhandlungen zu dieser Gruppe gestoßen ist, durchgesetzt. Der Restbetrag in Form von **Krediten** beträgt entsprechend **360 Mrd. €**.

Die Zuschüsse von 390 Mrd. € sollen zu 70 % in den kommenden beiden Jahren und der Rest im Jahr 2023 ausgezahlt werden. Dabei soll die **Verteilung** auf die Mitgliedstaaten in den Jahren 2021 und 2022 u.a. entsprechend der **durchschnittlichen Arbeitslosigkeit** in den Jahren 2015 bis 2019 erfolgen. Im Jahr 2023 soll sie sich am **Rückgang der Wirtschaftsleistung** in den Jahren 2020 und 2021 orientieren. Der Rückzahlung der für den „Nächste Generation EU-Fonds“ aufgenommenen Kredite soll bis Ende 2058 erfolgen. Bei der Auszahlung müssen die EU-Kommission, die nationalen Regierungen und der EU-Rat entscheiden.

Der nächste **EU-Finanzrahmen** für die Zeit von **2021 bis 2027**, aus dem etwa Programme für Bauern, Regionen, Unternehmen oder Forscher finanziert werden, hat ein Volumen von 1074,3 Milliarden €.

Die Auszahlung von EU-Geldern soll sowohl beim EU-Haushalt als auch den Corona-Hilfen künftig an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit gekoppelt sein.

Das Abkommen ist allerdings noch nicht in trockenen Tüchern. Zunächst muss das **Europaparlament** dem ausgehandelten Kompromiss zustimmen. Hier dürfte es zu einigen Diskussionen kommen, da im Rahmen der Verhandlungen die für Forschung, Klima und Gesundheit geplanten Ausgaben gekürzt wurden. Für ein Inkrafttreten müssen danach auch noch die nationalen Parlamente zustimmen.

Die Finanzmärkte reagieren leicht positiv auf das Verhandlungsergebnis, das sich in den letzten Tagen abgezeichnet hatte. Der deutsche Leitindex **DAX 30** kann heute Morgen weiter zulegen und notiert nur noch knapp unter dem Stand von Ende 2019. Der **Euro** kann zum US-Dollar die Aufwärtsbewegung der letzten Wochen behaupten und notiert mit aktuell 1,145 nur knapp unter dem Widerstand bei 1,15. Die **Rendite 10-jähriger Bundesanleihen** bleibt nahezu unverändert bei aktuell -0,44.